

**Wohnen – Würde – Widerstand**  
**Kampagne gegen Zwangsumzüge**  
**nach Hartz IV [www.zwangsumzuege.de](http://www.zwangsumzuege.de)**

**Aktionsbündnis von Erwerbslosen-  
und Sozialprotestinitiativen**  
**Koordinationsgruppe im bundesweiten  
Netzwerk: 030/272 72 78**

Anne Alex (Berlin 030/24727068)  
Ellen Diederich (Oberhausen 0208/853607; 0177/6783674)  
Prof. Peter Grottian (Berlin 0171/8313314; 83854961)  
Wolfgang Joithe (Hamburg 0172/3823988)  
Michael Kronawitter (Berlin 0171/1411866)  
Uschi Volz-Walck (Berlin 0179/1094576)  
Pia Witte (Leipzig 0341/9628315)



**Einladung zum Pressegespräch: Noch wenige Zwangsumzüge, aber eklatante  
Rechtsbrüche zur Senkung der Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger in Berlin:  
Betroffene berichten. Fälle – Dokumentation – Politische Einschätzung – Forderungen  
an Senat und Bundesregierung. Am Mittwoch, d. 05. Juli 2006 um 12.00 Uhr im Café  
„Cum Laude“ (Hinterzimmer), Ecke Dorotheenstr./Universitätsstr. (3 Min. vom S/U-  
Bahnhof Friedrichstr.)**

Die sozialpolitische Augenmaßlosigkeit ist im Wettbewerb der Großen Koalition unübersehbar, die Niedriglöhne und das Arbeitslosengeld II unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums noch weiter absenken zu wollen. In diesem Zusammenhang haben Kommunalpolitiker und auch Thilo Sarrazin für Berlin eine massive Korrektur der Mietobergrenzen nach unten für Hartz IV-Empfänger gefordert. Wer Sätze aus dem Wörterbuch des Unmenschen vorträgt („Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ -Müntefering), bereitet schon den Boden für weitere Sozialeinschnitte für Leben und Wohnen.

Deshalb haben wir ab 20. März eine Kampagne als bundesweites Netzwerk gegen Zwangsumzüge gestartet und in verschiedenen Städten Notruftelefone für die Information und Mobilisierung der Betroffenen eingerichtet. Politisches Ziel ist überall, Zwangsumzüge präventiv zu verhindern und trotzdem stattfindende Zwangsumzüge mit einer Bürgermobilisierung von unten gewaltfrei zu blockieren. Bisher sind 14 stille Zwangsumzüge überhaupt in Berlin bekannt geworden – die wirklich stillen Umzüge gehen schon jetzt in die Tausende. Wir haben in über 3 Monaten über 800 Anrufe mit Bitten zur Unterstützung erhalten. Die Fälle haben wir selbst bearbeitet oder an kompetentere Institutionen/Personen (Mietervereine, Rechtsanwälte) vermittelt. Eines ist klar: Die künstliche Beruhigungsstrategie des Senats hat wenig mit der Realität zu tun: Massenhafte Rechtsbrüche zur Senkung der Mietobergrenzen sind an der Tagesordnung, und die „lautlose Vertreibung“ aus den nicht mehr bezahlbaren Wohnungen ist bedrückende Realität.

Wir wollen Sie deshalb auf dem Pressegespräch über folgende Punkte informieren:

1. Eklatante Rechtsbrüche und Behördenwillkür für betroffene Hartz IV-Empfänger vor der Vertreibung aus den Wohnungen: 3 Betroffene berichten.
2. Nicht nur Einzelfälle: Eine Kurz-Dokumentation von 25 Fällen und eine Auswertung der Schwerpunkte von Notlagen.
3. Eine politische Lageeinschätzung darüber, was die eigentlichen Hausaufgaben des Senats sein müßten und wie sich der Senat davor angesichts der Wahlen herumdrückt.
4. Konkrete Forderungen für die Betroffenen an den Senat und die Bundesregierung sowie Vorschläge für die rationalere und transparentere Bewältigung der Wohnsituation nicht nur für Hartz IV-Betroffene.

Wir freuen uns auf Sie – und bitten Sie recht inständig, an diesem Pressegespräch teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Peter Grottian